Austrittserklärung.

Ich gebe bekannt, dass ich meine Teilnahme am Mediationsverfahren beende. Meine persönlichen Gründe ergeben sich aus der laufenden Verletzung der Grundregeln einer Mediation. Ich bringe im Folgenden Beispiele dafür.

1. Die Stadtregierung hat dafür gesorgt, dass uns jegliche Einsicht in die geforderten Original-Dokumente verweigert wurde. Mögliche Erklärung wäre die Vertuschung von strafrechtlich relevanten Tatbeständen oder von unkorrektem politischen Handeln. Das Verweigern der Augenhöhe wäre somit eine logische Maßnahme zum Selbstschutz der politischen Kaste.

2. Die Auftraggeberin Mag. Vassilakou hat uns bewusst über viele Monate über ihre - offenbar bindenden - Vorgaben im Unklaren gelassen. Mit der verordneten Einschränkung des Mediationsrahmens und der OWS-Sperre 2020 hat sie die Medianten, die Mediatoren und alle OWS-Beschäftigten brüskiert. Sie hat damit einen entscheidenden Beitrag zur Mißtrauensbildung geleistet.

3. Die Mediatoren haben laufend gegen ihren eigenen Anspruch, den der Neutralität, verstoßen. Der Höhepunkt war wohl, dass sie uns Vassilakou's Anweisungen sofort als den neuen Rahmen diktierten. Durch ihr massiv inhaltliches Agieren wird die Mediation zum Spielball politischer Willkür.

Noch einige Fakten: Bis auf das BDA und die VAMED sind all unsere Kontrahenten Untergeordnete der Stadtregierung. Die Mediatoren werden im Auftrag von Mag. Vassilakou bezahlt. Den Rechtsanwalt finanziert eine Grüne Vorfeldorganisation. Die beteiligten Initiativen sind niemanden untergeordnet und werden auch von niemanden bezahlt.

Die Prämediation sollte Verhandlung auf Augenhöhe ermöglichen und Vertrauen bilden. Beides konnte durch das Verhalten der Stadtregierung, unserer Kontrahenten und der Mediatoren nicht erreicht werden. Die dahinter liegenden Motive werden, meiner Ansicht nach, ungebrochen die folgenden Mediationsphasen bestimmen. Das gegenständliche Verfahren stellt daher für mich einen groben Missbrauch des Begriffs "Mediation" dar.

Das wunderschöne Steinhof-Ensemble kann nur durch den politischen Druck der Wiener Bürgerinnen und Bürger vor der sicheren, durch Mißwirtschaft und Privatisierungswahn verursachten Zerstörung gerettet werden.

Ich ersuche um Kenntnisnahme.

Gez.

Mag. Dr. Karl Melber

6.7.2012

p.s.: Ich wünsche, der Transparenz wegen, die Bekanntgabe dieser Erklärung und ihre Aufnahme ins Protokoll.